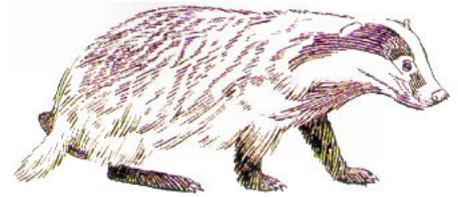


Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (10. Jahrgang, Nr. 1, Januar 2016)

Wenn du heute denkst wie gestern, hast du einen Tag verloren.

Elzar Benyoëtz, Israel

Am »Dritten Weg« beteiligen?

Zum Jahreswechsel tritt für alle Einrichtungen der katholischen Kirche in Deutschland eine neue Grundordnung in Kraft. Darin soll die Mitwirkung von Gewerkschaften in den arbeitsrechtlichen Kommissionen des »Dritten Weges« gewährleistet sein. Allerdings unter der Voraussetzung, dass die Gewerkschaftsvertreter »das verfassungsrechtliche Selbstbestimmungsrecht der Kirchen zur Gestaltung der sozialen Ordnung ihres Dienstes achten und die Eigenart des kirchlichen Dienstes respektieren«. Soll heißen: Verzicht aufs Streikrecht. Sollte sich ver.di unter diesen Umständen an den Kommissionen beteiligen? Hierzu zwei Stimmen aus „verdi publik“ vom Dezember 2015:

Johannes Hoppe

Dienstnehmervertreter in der Bayerischen Regional-KODA und Mitglied der zentral-KODA:

Die großen Gewinner einer Beteiligung von ver.di an den arbeitsrechtlichen Kommissionen wären die Beschäftigten der katholischen Kirche. Da die Tarifverträge - von ver.di erkämpft und abgeschlossen - meist im Rahmen der kirchlichen Kommissionen übernommen werden, wäre eine solche Beteiligung sinnvoll und effektiv. ver.di kann so direkt am Zustandekommen der arbeitsvertraglichen Grundlagen mitwirken. Die Mitgliedergewinnung in der Kirche erhält eine neue Bedeutung. ver.di hat jetzt die einmalige Möglichkeit, im System des »Dritten Weges« mitzuwirken. Dieses System ist verfassungsrechtlich im Moment bestätigt. Eine Verweigerung aus grundsätzlichen und ideologischen Überlegungen würde den vielen kirchlichen Beschäftigten nicht gerecht werden.

Erich Sczepanski

Mitglied im ver.di-Gewerkschaftsrat:

Und mit einer Beteiligung am »Dritten Weg« wird der Lohnkostenwettbewerb beendet? ver.di ist nicht daran interessiert, irgendwelche Gnadenplätzchen in irgendwelchen kirchlichen Gremien zu besetzen. ver.di möchte angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen sichern. Das geht nur mit Verhandlungen auf Augenhöhe. Ohne Streikrecht wären sie kollektives Betteln. Es bräuchte wenigstens Vereinbarun-

gen über: Erstens die rechtlich gesicherte Eins-zu-eins-Umsetzung der Vergütungs- und Arbeitszeitregelungen sowie weiterer Mindestarbeitsbedingungen aus dem TVöD als maßgeblichem Referenztarifvertrag. Zweitens die Sicherheit, dass Absenkungen auch im Einzelfall nicht gegen ver.di vorgenommen werden. Und drittens eine verlässliche Absprache, dass auf dieser Basis ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag angestrebt wird.

Gewerkschaft fordert deutliche Lohnsteigerungen

Für den Norden besteht laut DGB 2016 ein "enormer Nachholbedarf" bei den Gehältern

Der DGB Nord hat für 2016 mehr Einkommen für die Arbeitnehmer gefordert. „Um die soziale Schieflage im Norden zu beseitigen, sind 2016 deutliche Lohnsteigerungen, mehr Tarifverträge, Verteilungsgerechtigkeit und eine paritätische Finanzierung der Krankenversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer nötig“, sagte der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Norden, Uwe Polkaehn. Außerdem müsse die niedrigste Arbeitslosenquote seit 24 Jahren Arbeitgeber anspornen, die Integration von Langzeitarbeitslosen und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt voranzubringen.

Für jeden vierten Beschäftigten stehe 2016 ein neuer Tarifvertrag und damit eine Anhebung der Löhne und Gehälter an, berichtete Polkaehn. Verhandelt werde unter anderem im Öffentlichen Dienst (Bund und Gemeinden) sowie in der Chemie-, Metall- und Elektroindustrie, bei Banken und Zeitarbeitsunternehmen. In Ostdeutschland arbeiten laut DGB nur 47 Prozent der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben, in Westdeutschland 60 Prozent. Die Tarifabschlüsse 2015 sahen in den meisten Branchen für dieses Jahr Tarifsteigerungen zwischen 2,0 und 3,5 Prozent vor. Für den Norden als Niedriglohnregion in Europa bestehe 2016 ein „enormer Nachholbedarf“ bei den Löhnen- und Gehältern, sagte Polkaehn. Er erwartet „deutliche Lohnsteigerungen“, zumal die meisten Wirtschaftsinstitute ein besseres Wachstum als 2015 prognostizierten. Davon müssten die Arbeitnehmer profitieren. Ermahnte zudem, die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung gerecht auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu verteilen.

aus: „Lübecker Nachrichten“ vom 31.12.2015

Zwischenbilanz der Nordkirche: Mehr als 12.000 Ehrenamtliche für Flüchtlinge im Einsatz

Die Nordkirche hat eine Zwischenbilanz ihrer Flüchtlingshilfe gezogen. Landesbischof Gerhard Ulrich stellte in Hamburg die vielfältigen Dienste und Aktivitäten vor, mit denen Landeskirche, Diakonische Werke, Kirchenkreise und -gemeinden Flüchtlinge unterstützen. Nach aktuellen Schätzungen wurden und werden in diesem Jahr mindestens 35.000 Menschen auf der Suche nach Schutz und Zuflucht von Hilfsinitiativen und Diensten in Kirche und Diakonie unterstützt – mehr als ein Drittel aller Flüchtlinge, die 2015 in Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern angekommen sind oder für einige Tage auf der Durchreise hier waren. „Für Christenmenschen gehört die Sorge um die Fremden ins Zentrum ihres Glaubens und für die Kirchen ins Zentrum ihres Auftrags“, sagte **Landesbischof Gerhard Ulrich**. „Ich bin dankbar für die vielen in den Kirchengemeinden, in der Diakonie in allen drei Bundesländern, die nicht zuerst nach Herkunft fragen, sondern die Not sehen und tun, was nützt und hilft, die Türen öffnen, Menschen beherbergen und begleiten, Sprachunterricht geben, die Geld spenden oder Kleidung und Möbel, die teilen, was sie haben.“ Der Dienst an den Flüchtlingen, die zu uns kommen, sei „für uns als Christenmenschen und als Kirchen mit dem Wort ‚Flüchtlingskrise‘ völlig falsch beschrieben“, so Ulrich. „Dieses in den Medien häufig gebrauchte Wort führt auf eine problematische Spur: als wäre der Strom derer, die ihre Heimat in größter Not verlassen, zuerst für uns eine Krise. Vielmehr handelt es sich um eine Krise für die vielen Menschen selbst, die nun unseren Schutz und unsere Hilfe brauchen.“

Fast jede vierte der über 1.000 Kirchengemeinden der Nordkirche ist aktiv in der vielfältigen Flüchtlingsarbeit tätig. Das Engagement reicht beispielsweise von der Betreuung bei der Ankunft, über Unterbringung, Begleitung zu Behörden bis hin zu Sprachkursen, Freizeittreffs und Patenschaften. Es gibt „Flüchtlingslotsen“, Dolmetscherdienste und Informationsveranstaltungen. Sachspenden werden weitergeleitet, Mahlzeitenangebote organisiert. Mindestens 12.000 Ehrenamtliche aus der Nordkirche engagieren sich gegenwärtig in der Flüchtlingshilfe von Kirche und Diakonie sowie gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen (Schleswig-Holstein: 3.000 bis 5.000; Hamburg: 6.000 bis 7.000; Mecklenburg-Vorpommern: bis 2.000). Zudem sind in den Kirchengemeinden rund 250 Hauptamtliche in der Flüchtlingsarbeit aktiv. Kirche und Diakonie haben – zum Teil gemeinsam mit Kommunen und Netzwerken – zahlreiche Initiativen auf den Weg gebracht. Kirchengemeinden stellen rund 120 Gemeinschaftsunterkünfte unterschiedlicher Größe zur Verfügung. Von der Diakonie werden darüber hinaus etwa 20 große Gemeinschaftsunterkünfte unterhalten.

aus: Diakonie-Report Hamburg vom 08.12.2015

Eldorado für Geldwäscher

Im Ranking der schädlichsten Finanzzentren belegt Deutschland Platz acht

Deutschland zählt zu den beliebtesten Adressen jener Finanzdienstleister, die am liebsten im Hintergrund arbeiten. Nach dem Schattenfinanzindex des international tätigen Netzwerkes für Steuergerechtigkeit steht Deutschland zwar besser da als die klassischen Steuerparadiese Schweiz, Luxemburg, Hongkong, Cayman Inseln oder auch die USA. Dennoch rangiert das Land noch vor prominenten Steueroasen wie den Bahamas, Jersey oder den Marshallinseln. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit, dem auch die Entwicklungsorganisation Misereor angehört, schätzt die steuerbefreiten Anlagen von Steuerausländern in Deutschland auf bis zu 300 Milliarden Euro. Trotz Kontrollmaßnahmen gilt Deutschland als Paradies für Geldwäscher. Zudem fanden Unternehmen und Privatbürger hierzulande viele Geheimhaltungsmöglichkeiten vor, schreibt das Netzwerk in seinem Bericht über die Schattenfinanzzentren. Danach schleusen Gangster über die Bundesrepublik Gewinne aus Drogenhandel und Prostitution in den legalen Geldverkehr ein. Das Netzwerk kritisiert auch, dass es weder ein Register gebe, in dem die wahren Eigentümer von Briefkastenfirmen offengelegt würden, noch eine Pflicht für Unternehmen, ihre Geschäftsabschlüsse und die Identität der gewinnberechtigten Besitzer zu veröffentlichen. Außerdem könne man in Deutschland leichter als anderswo einen Treuhänder beauftragen, um eine Immobilie zu kaufen.

aus: Publik-Forum vom 20.11.2025

DAGS im Internet

**Besucht uns auch im Internet unter
www.dags-konvent.de**

Hier könnt Ihr in allen Jahrgängen der Informationsblätter stöbern, News nachlesen, erfahrt, woran DAGS gerade arbeitet, oder könnt mit uns im Diskussionsforum diskutieren.

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

**Beiträge und Anregungen bitte an
Roswitha Horstmann,
Email: rohorstmann@freenet.de**

Unsere nächsten Treffen finden im Rauhen Haus statt am 08.02., 07.03., 11.04. und 09.05.2016 im Haus Weinberg von 18.00 bis 20.30 Uhr.

Gott hat uns nicht einen Geist der Verzagtheit gegeben, sondern den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit.

(Monatsspruch Januar 2016 aus 2. Timotheus 1,7)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg